

# Sechzig plus

Nachrichten und Informationen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren (AG 60plus) Baden-Württemberg  
Ausgabe Juli 2007

60 plus

SPD

Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen,

am Samstag, 14. Juli 2007, fand die Landesdelegiertenkonferenz der AG 60 plus in der Alten Mälzerei in Mosbach statt.

In dieser Ausgabe unseres Infoblattes haben wir die wesentlichen Informationen für euch zusammengefasst. Ihr findet darin

- den Rechenschaftsbericht Seite 1
- meine Rede Seite 3
- den neugewählten Landesvorstand Seite 5
- die Delegierten zur Bundeskonferenz Seite 6
- den Beschluss zur Bahnprivatisierung Seite 6
- ein Referat von Dietmar G. Braun „Grenzen ärztlicher Kunst ...“ Seite 6
- Sitzungstermine Landesvorstand Seite 8

Mit freundlichen Grüßen

*Konstanze Wegner*

Dr. Konstanze Wegner  
Landesvorsitzende der AG 60 plus

## Rechenschaftsbericht des Landesvorstands 60 plus von Juli 2005 bis Juli 2007:

Die inhaltliche Arbeit des Landesvorstands hat sich im Berichtszeitraum vorrangig auf drei Schwerpunkte konzentriert: einen Beitrag zum Landtagswahlprogramm und Landtagswahlkampf, eine kritische Analyse der Gesundheitsreform und die Erarbeitung eines Beitrags der AG 60 plus zum Bremer Entwurf des Grundsatzprogramms.

Im Entwurf des Landtagswahlprogramms waren die Älteren nur in einem Halbsatz als Demente



und Pflegefälle angesprochen worden, das konnte der Landesvorstand 60 plus so nicht akzeptieren. Nach einem Gespräch mit Wolfgang Drexler, dem Leiter des Wahlkampfes, formulierte der Landesvorstand gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden von 60 plus zehn Punkte, die dann auf dem Landesparteitag als Antrag im wesentlichen angenommen wurden und Aufnahme in das Wahlkampfmaterial fanden. Der Vorschlag des Landesvorstands, für den Wahlkampf ein Bildplakat mit dem Titel „Wir Älteren können mehr als Händchen halten“ entwerfen zu lassen, wurde von der Wahlkampfleitung nicht aufgegriffen. Außerdem erarbeitete eine Gruppe des Landesvorstands für die Kreisverbände vor Ort als Handreichung im Wahlkampf ein Papier zu den Themen: Wohnen und Mobilität, Lebenslanges Lernen und politische Teilhabe, Umwelt und Arbeit. Der Landesvorstand bat die Kreisverbände ferner, im Hinblick auf die große Zahl älterer Wähler spezielle Seniorenveranstaltungen vor Ort in den Wahlkreisen zu organisieren, was an einigen Orten auch geschehen ist, allerdings nicht flächendeckend.

Zum Entwurf der Gesundheitsreform veranstaltete der Landesvorstand eine gut besuchte Fachkonferenz in Stuttgart/Bad Cannstatt, mit Marion Caspers-Merk, Peter Schwoerer, Klaus Kirschner und Roland Sing als Referenten; eine Dokumentation der Veranstaltung wurde den Kreis-

verbänden zur Verfügung gestellt. Nach intensiven Diskussionen verabschiedete der Landesvorstand ein knappes Papier, das sich kritisch mit den Fragen der Finanzierung, der Organisation und des Leistungsniveaus der geplanten Gesundheitsreform auseinandersetzte. Das Papier wurde an die Kreisverbände und an Kurt Beck, Peter Struck, Ulla Schmidt, Ute Vogt und die Landesgruppe geschickt mit der Bitte um Stellungnahme zu den aus der Sicht des Landesvorstands problematischen Punkten. Dieses Schreiben wurde von allen Adressaten ausführlich und liebenswürdig beantwortet, die meisten Antworten gingen jedoch nicht auf die Kritikpunkte des Landesvorstands 60 plus ein, sondern ermahnten ihn, vor allem die Fortschritte der Reform offensiv zu vertreten.

Im Bremer Entwurf des Grundsatzprogramms werden die Älteren zwar häufig in verschiedenen Zusammenhängen erwähnt, ein eigenes Kapitel über die Potentiale und Bedürfnisse der Älteren oder über die Gestaltung des demographischen Wandels fehlt jedoch. Der Landesvorstand fordert daher in einem Antrag für den Programmparteitag die Formulierung eines solchen Kapitels und schlägt ferner eine Umformulierung der Abschnitte „Menschenwürdige Pflege“ und „Vorsorgende Sozialpolitik in den Kommunen“ im Kapitel „Der Vorsorgende Sozialstaat“ vor.

Abgesehen von diesen drei Schwerpunkten befasste sich der Landesvorstand auf Grund eines Referates von Katrin Altpeter kritisch mit den Schlussfolgerungen der Landesregierung zu der Enquete des Landtags zum demographischen Wandel. Ferner wurden die Auswirkungen der Koalitionsbeschlüsse der Bundesregierung auf die Älteren diskutiert und in einem Brief an die Landesgruppe dargestellt. Eine Arbeitsgruppe des Landesvorstands erarbeitete einen kritischen Antrag zum geplanten Börsengang der Bahn, der unter anderem auf der bevorstehenden Bundeskonferenz der AG 60 plus eingebracht werden soll.

Die Tradition des von Alfred Geisel eingeführten Neujahrsempfangs im Kursaal in Bad Cannstatt wurde weitergeführt, als Ort der Begegnung der Mitglieder von 60 plus in Baden-Württemberg. Das Ziel war weiterhin, für den Festvortrag keine „altengerechten“, sondern Alt und Jung gleichermaßen interessierende aktuelle Themen zu wählen. In diesem Sinne referierten 2006 Hans Ulrich Klose zum Thema „Perspektiven deutscher Außenpolitik“ und 2007 Hermann Scheer zum Thema „Ökologie – welchen Stellenwert hat sie wirklich?“ Beide Veranstaltungen waren hervorragend besucht, der Wortlaut von

Scheers Vortrag wurde den Kreisverbänden zur Verfügung gestellt.

Der Landesvorstand tagt monatlich in Stuttgart, nach Möglichkeit ein bis zweimal im Jahr gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden von 60 plus. Die Kreisvorsitzenden erhalten die Protokolle der Sitzungen des Landesvorstands ebenso wie die von ihm erarbeiteten Grundsatzpapiere und Presseerklärungen. Zweimal pro Jahr erscheint „Das Blättchen“ mit Informationen über die Arbeit des Landesvorstands und der SPD. Die Landesvorsitzende Konstanze Wegner hat im Berichtszeitraum zu den Themen „Was bedeutet Generationengerechtigkeit?“ und „Die Potentiale der Älteren in Wirtschaft und Gesellschaft“ bei Veranstaltungen der AG 60 plus, der SPD, bei der Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschaften, Naturfreunden, Seniorenräten an verschiedenen Orten in Baden-Württemberg referiert. Der Stellvertretende Landesvorsitzende Dietmar Braun referierte zu den Themen „Grenzen ärztlicher Kunst und medizinischer Fortschritt“, „Konsequenzen der Gesundheitsreform“ und „Ziele der AG 60 plus“. Neu gegründet wurden im Berichtszeitraum 60 plus - Kreisverbände in Calw und Freudenstadt sowie im Kreisverband Rhein-Neckar eine AG 60 plus in Hockenheim. Die Gesamtzahl der Kreisverbände der AG 60 plus beträgt nach der von der Landesgeschäftsstelle erstellten Übersicht derzeit 33.

Die Zusammenarbeit mit der Landespartei und den anderen Arbeitsgemeinschaften wurde im Berichtszeitraum intensiviert, könnte aber noch verbessert werden. Ute Vogt kam nach der Landtagswahl zu einem offenen und ausführlichen Meinungsaustausch zum Landesvorstand 60 plus und sicherte die Einbeziehung der AG 60 plus in die Altenpolitik der Fraktion sowie die Betreuung durch die Landesgeschäftsstelle zu. Auf Initiative der Stellvertretenden Landesvorsitzenden Hilde Mattheis kam es zu verschiedenen Treffen der Arbeitsgemeinschaften der Partei mit dem Ziel, eine bessere Zusammenarbeit zu erreichen; der geplante gemeinsame Antrag zum Grundsatzprogramm kam allerdings nicht zustande.

Konstanze Wegner vertritt seit 2005 die AG 60 plus Baden-Württemberg als Beisitzerin im Bundesvorstand und hat sich dort unter anderem an der Ausarbeitung des Antrags des Bundesvorstands zum Grundsatzprogramm, an der Durchführung des Kongresses „Gesellschaftlich aktives Alter gestalten“ sowie an der Vorbereitung der bundesweiten Aktionstage beteiligt. In dem gleichfalls mit diesen Themen befassten Bundesausschuss 60 plus wird der Landesvorstand durch

die Stellvertretenden Vorsitzenden Bärbel Jung und Dietmar Braun vertreten. Die Verbindung zur Arbeiterwohlfahrt wird durch Hansjörg Seeh gewährleistet, dem Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt Baden und Mitglied im Landesvorstand 60 plus. Im Landessenorenrat, dessen Vorsitzender Siegfried Hörrmann häufig Gast auf den Konferenzen von 60 plus ist, vertritt Alfred Braun die AG 60 plus und berichtet regelmäßig über die dort geleistete Arbeit.

Die Arbeit mit Älteren und für Ältere ist inhaltlich lohnend und politisch notwendig. Die Älteren sind die fleißigsten Wähler, und sie wählen mehrheitlich konservativ. Der AG 60 plus ist es leider bisher nicht gelungen, diesen Trend umzukehren, hier liegt weiterhin eine große Herausforderung. Es ist jedoch schwierig für Ältere, sich in der Partei und in der Gesellschaft in Entscheidungsgremien einzubringen. Obgleich die AG 60 plus inzwischen die größte Arbeitsgemeinschaft der SPD ist, haben ihre Mitglieder kaum Chance, in Parteigremien und Parlamente gewählt zu werden. Man verweist sie auf das Ehrenamt, wo die Älteren ohnehin überrepräsentiert sind. Die Älteren wollen jedoch in Partei und Gesellschaft nicht nur ihre Bedürfnisse artikulieren, sie wollen und können auch noch etwas für die Gesellschaft leisten, das hat der Fünfte Bericht zur Lage der älteren Generation mit dem Titel „Potentiale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“ mit aller Deutlichkeit herausgearbeitet.

Der Landesvorstand 60 plus dankt allen, die seine Arbeit im Berichtszeitraum unterstützt haben, vor allem Gudrun Igel-Mann und Peter Steinhilber von der Landesgeschäftsstelle, für ihre sachkundige, geduldige und engagierte Unterstützung.

Konstanze Wegner

Rede anlässlich der Landesdelegiertenkonferenz:

Anrede,  
der Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Landesvorstands 60 plus liegt Euch vor, ich will hier nicht wiederholen, was Ihr dort nachlesen könnt, sondern stattdessen etwas zu drei Themen sagen: erstens zur Situation der SPD, zweitens zur Lage der Älteren in der Gesellschaft und drittens zur Frage, ob die SPD hinreichend Konsequenzen aus dem demographischen Wandel gezogen hat.

Wie ist die Situation der SPD zurzeit? Welch ein Unterschied zur letzten LDK von 60 plus vor zwei Jahren! Da war Rot-Grün noch im Amt, jetzt haben wir die „Große Koalition“, deren Arbeit ge-

kennzeichnet ist durch eher „kleine“ Kompromisse: Gesundheitsreform, Unternehmenssteuerreform, die sich abzeichnende Minireform der Pflege. Das sind nicht gerade große Würfe, sondern Einigungen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, die einen nicht vom Hocker hauen. Die Frage ist: Kommt noch etwas Grundlegendes in dieser Legislaturperiode oder gibt es nur noch kleinlichen Hickhack bis zur Wahl?

Diese bescheidenen Ergebnisse der Großen Koalition sind aber nicht nur den verantwortlichen Politikern und Politikerinnen anzulasten, sondern auch den Wählerinnen und Wählern. Die Deutschen sind zwar in der Theorie für Reformen, aber sie wollen keine, die sie selbst betreffen, und vor allem keine, die ihnen wehtun könnten. Dabei, und das ist das Groteske, gibt es in der Bevölkerung durchaus eine Mehrheit für gerechte, sinnvolle und überfällige Maßnahmen wie Mindestlohn, Bürgerversicherung, Erhöhung der Erbschaftssteuer und Wiederbelebung der Vermögenssteuer. Aber die potentielle linke Mehrheit ist heute parteipolitisch in drei Gruppen gespalten: die sogenannte Linke, die SPD und die Grünen, die sich gegenseitig attackieren und sich auf jeden Fall mehr mit sich selbst beschäftigen als mit dem politischen Gegner.



Die Situation der SPD heute ähnelt in mancher Weise fatal der Situation der SPD gegen Ende des Kaiserreichs vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, also vor rund 100 Jahren. Diese Parallelität wurde mir deutlich, als ich kürzlich zur Einführung in eine Bildungsreise des SPD-Landesverbands einen Vortrag zur Geschichte der SPD von den Anfängen bis zur Gegenwart halten konnte. Ich habe ihm den sinnigen Titel „Licht und Schatten“ gegeben und würde ihn gerne mal bei dem einen oder anderen der 60 plus-Kreisverbände ablassen, wofern sie sich dafür interessieren, er gibt auf jeden Fall Stoff zur Diskussion. Wir müssen ja nicht immer nur sogenannte „altengerechte“ Themen diskutieren!

Aber zurück zu der Möglichkeit einer linken Mehrheit für echte Reformpolitik: Ich wünsche mir, wie viele von uns, eine solche vereinigte, starke linke Partei, aber dies ist zurzeit noch nicht möglich, zumindest nicht, solange die selbsternannte Linkspartei so hemmungslos populistisch agiert und ein Mann an ihrer Spitze steht, der die eigene Partei im Stich gelassen hat.

Ich komme zu meinem zweiten Punkt: Wie ist die Situation der Älteren in unserer Gesellschaft? Die Älteren sind heute gesünder, langlebiger, mobiler, besser ausgebildet als je zuvor. Dennoch ist das Bild des Alters, das in den Medien entworfen wird, nach wie vor häufig verzerrt, entweder in gehässiger oder in larmoyanter Weise. Die Älteren kosten die Gesellschaft nicht nur, sie leisten auch viel für die Gesellschaft, aber ich behaupte, sie könnten noch wesentlich mehr leisten, wenn man ihnen die Möglichkeit, das heißt, die notwendigen Rahmenbedingungen dazu gäbe. Die Potentiale sind da, das zeigt der Fünfte Altenbericht der Bundesregierung, den noch die Rot-Grüne Regierung erarbeitet hatte und der wirklich eine Fundgrube für alle ist, die sich mit Fragen des Alters beschäftigen, mit aller Deutlichkeit.



Noch immer herrscht in den Betrieben der Jugendwahn, auch wenn sich ganz allmählich ein Umdenken abzeichnet. Doch ist es grotesk, wenn jetzt gerade diejenigen Firmen über Facharbeitermangel jammern, die zuvor alle über 50jährigen rausgeschmissen haben! Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass ein Mix von Älteren und Jüngeren in den Betrieben die Produktivität fördert und das Betriebsklima verbessert. Die Voraussetzung dazu sind allerdings die Möglichkeit und Bereitschaft zu ständiger Weiterbildung und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen. Auch im Hinblick auf das Konsumverhalten sind die Potentiale der Älteren längst nicht ausgeschöpft. Man denke nur an den Bereich der Mode, die sich immer noch, zumindest in den Schau-

fenstern, an 17jährigen mit Mannequinfigur orientiert und Sachen anbietet, die für Ältere einfach nicht tragbar sind.

Auch im Bereich der Teilhabe von Älteren am politischen Leben ist die Bilanz unbefriedigend: Ältere sind zwar überrepräsentiert in sozialen, kulturellen und sportlichen Ehrenämtern, aber krass unterrepräsentiert in den Parlamenten auf allen Ebenen. Entschieden wird jedoch nicht in den Ehrenämtern, sondern in den Parlamenten, und wenn wir dort nicht vertreten sind, entscheiden andere über uns. Deshalb fordert die AG 60 plus, „Neuen Älteren“, die bisher noch nicht in einem Parlament waren, die erfolgreich in ihrem Beruf waren und körperlich und geistig fit sind, die Chance zu geben, noch ein bis zwei Legislaturperioden in ein Parlament zu gehen und ihre Kandidaturen aussichtsreich zu platzieren. Diese „Neuen Älteren“ wollen keine Parteikarriere mehr machen, sie nehmen niemand etwas weg, sondern sie wollen ihren Sachverstand einbringen und mitarbeiten.

Kurzum: Wir Älteren wollen und sollen noch etwas für die Gesellschaft leisten! Das ist in den verschiedensten Bereichen möglich, die Voraussetzung dazu ist lebenslanges Lernen. Dazu müssen Politik und Wirtschaft die Rahmenbedingungen schaffen, Kürzungen im Weiterbildungsbereich sind deshalb kontraproduktiv. Die Älteren müssen aber auch die Bereitschaft zur Weiterbildung aufbringen. Das ist nicht immer leicht, aber unumgänglich, denn man kann mit dem, was man vor 40 Jahren gelernt hat, nicht die Anforderungen von heute bestreiten.

Ich komme zu meinem dritten und letzten Punkt. Wie ich versucht habe, stichwortartig darzustellen, haben Politik und Wirtschaft noch nicht hinreichend die notwendigen Konsequenzen aus dem demographischen Wandel gezogen. Hat unsere eigene Partei, die SPD, dies getan? Aus meiner jetzt vierjährigen Erfahrung als Landesvorsitzende von 60 plus und vielen Gesprächen im Land lautet die Antwort schlicht: nein! Ich will nicht falsch verstanden werden: die SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg und die SPD-Bundtagsfraktion haben sich vielfach gründlich mit den Bedürfnissen der Älteren befasst und auch hervorragende Vorschläge gemacht. Die Umsetzung ist aber dann schwierig und oft gar nicht möglich, wenn man keine Mehrheit hat oder die Zuständigkeit nicht gegeben ist.

Aus Sicht der AG 60 plus lässt sich feststellen: Wir sind mittlerweile die größte Arbeitsgemeinschaft der SPD, nicht durch eigenes Verdienst,

sondern aufgrund der demographischen Entwicklung. Die Mitglieder von 60 plus sind jedoch vielerorts die fleißigsten Wahlhelfer der SPD-Kandidaten, die Infostände aufbauen und betreuen, Material verteilen, Hausbesuche machen, Seniorenfrühstücke organisieren etc. Vor Wahlen wird die AG 60 plus dann auch stets von den Parteioberen in den höchsten Tönen gelobt und ihre Unverzichtbarkeit betont. Diese kokettieren dann auch häufig damit, dass sie bald selbst altersmäßig zu 60 plus gehören und dann bei uns mitarbeiten werden. Das sind aber alles Sprüche ohne Folgen.

Im aktiven Parteileben ergibt sich dann nämlich ein ganz anderes Bild. In den Wahl- und Parteiprogrammen findet sich kein eigenes Kapitel über die Gestaltung des demographischen Wandels, über die Bedürfnisse und Potentiale der Älteren, da werden diese in der Regel nur im Zusammenhang mit Rente, Pflege und Demenz erwähnt. Bei Wahlen zu den Parteigremien fallen die Kandidaten von 60 plus, wofern sie überhaupt den Mut haben, zu kandidieren, häufig durch. So geschehen zweimal bei den Wahlen zum Bundesvorstand der SPD, in dem die größte Arbeitsgemeinschaft somit nicht vertreten ist, Jusos und ASF dagegen in Menge. Auch für die Antragskommission der SPD im Land wurde unser Kandidat nicht gewählt, obgleich er als Professor der Medizin hohe Kompetenz besitzt, aber Kompetenz spielt bei Wahlen offenbar nur eine untergeordnete Rolle.

Da veranstaltet die Bundespartei kürzlich unter Mitwirkung aller unserer Parteigrößen einen Kongress unter dem pompösen Titel „Zukunftskonvent Deutschland 2020“, auf der Einladung findet sich unter den 17 dort angekündigten Foren kein einziges zur Situation, zu den Bedürfnissen oder den Anforderungen an die Älteren. Ich könnte die Liste dieser Negativbeispiele beliebig fortsetzen, will das aber nicht tun und sage nur : Wenn sich das nicht ändert, wird die AG 60 plus die Quote fordern müssen, genau so, wie die ASF sie in den 80er Jahren gefordert und schließlich auch durchgesetzt hat.

Ich komme zum Schluss. Wir aktiven Älteren, und diese Aktivität geht bei vielen bis ins achtzigste Lebensjahr und darüber hinaus, wir wollen nicht verwaltet werden, sondern wir wollen in die Verantwortung einbezogen werden und mitgestalten! Das ist unsere Forderung an die Gesellschaft, an unsere Partei und auch an uns selbst. Ich wollte in meiner Rede nicht wiederholen, was im Rechenschaftsbericht steht, ich bitte Euch, ihn zu lesen und meine, der Landesvorstand der AG 60

plus war recht fleißig, auch wenn davon leider nur wenig nach außen dringt, weil es fast unmöglich ist, unsere Anliegen in die überregionale und lokale Presse zu bringen.

Ich danke allen Mitgliedern des Landesvorstands 60 plus für die wirklich gute Zusammenarbeit und den aktiven Kreisverbänden von 60 plus für ihren Einsatz. Die eigentliche Arbeit muss ja vor Ort in den Kreisverbänden geleistet werden, ich hoffe deshalb auf die Entstehung weiterer Arbeitsgemeinschaften von 60 plus dort, wo noch weiße Flecken auf der Landkarte von Baden-Württemberg sind. Ich danke Euch allen für Euer Engagement und fürs geduldige Zuhören!

\*\*\*\*\*

#### Der neugewählte Landesvorstand der AG 60 plus:

##### Vorsitzende:

Dr. Konstanze Wegner KV Mannheim  
konstanzewegner@t-online.de

##### Stellvertreter/in:

Prof. Dr. Dietmar G. Braun KV Lörrach  
dg.braun@magnet.ch

Bärbel Jung KV Biberach  
baerbel\_jung@gmx.de

##### Beisitzer/innen:

Heinz Aldinger KV Esslingen  
h.aldinger.koengen@t-online.de

Angelika Barth KV Main-Tauber  
angelika.f.barth@t-online.de

Marga Elser KV Ostalb  
marga@elser.de

Roland Helber KV Calw  
roland.helber@gmx.de

Ruth Keil KV Reutlingen  
christian.keil@wannweil.de

Christel Maseck KV Rhein-Neckar  
c.e.masseck@t-online.de

Dr. Christoph Naumann KV Rhein-Neckar  
cubna@t-online.de

Ulrich Schäfer KV Mannheim  
ulrich.schaefer@mannheim.de

Anneliese Schickel KV Stuttgart  
Hansjörg Seeh KV Freiburg  
h.seeh@t-online.de

Peter Steinhilber KV Stuttgart  
peter.steinhilber@online.de

Herbert Wagner KV Heilbronn-Stadt  
h-wagner-heilbronn@t-online.de

\*\*\*\*\*

Der Landesvorstand der AG 60 plus hat sich auf seiner Sitzung am 24.07.07 konstituiert und die Arbeitsschwerpunkte und Sitzungstermine (siehe Seite 8) bis zum Jahresende festgelegt.

## Delegierte zur Bundeskonferenz der AG 60 plus:

### Delegierte:

Angelika Barth	KV Main-Tauber
Alfred Braun	KV Tübingen
Dietmar G. Braun	KV Lörrach
Gotlind Braun	KV Tübingen
Sieghart Brenner	KV Heilbronn-Land
Tabitha Cramer	KV Rhein-Neckar
Marga Elser	KV Ostalb
Gerhard Gebauer	KV Schwarzwald-Baar
Liesel Hartenstein	KV Esslingen
Dorothea Hertenstein	KV Ortenau
Bärbel Jung	KV Biberach
Ruth Keil	KV Reutlingen
Helga Klenk	KV Esslingen
Christel Masseck	KV Rhein-Neckar
Christoph Naumann	KV Rhein-Neckar
Ulrich Schäfer	KV Mannheim
Anneliese Schickel	KV Stuttgart
Peter Steinhilber	KV Stuttgart
Hannelore von Steht	KV Rhein-Neckar
Herbert Wagner	KV Heilbronn-Stadt
Konstanze Wegner	KV Mannheim

### Ersatzdelegierte:

Christian Keil	KV Reutlingen
Renate Merten	KV Ortenau
Gertrud Hartmann	KV Reutlingen
Norbert Nemitz	KV Esslingen
Hartmut Gebser	KV Konstanz

## Beschluss zur Bahnprivatisierung:

1. Die geplante Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn wird – auch in Form einer Teilprivatisierung – abgelehnt. Der beabsichtigte Börsengang soll unterbleiben. Die Deutsche Bahn AG muss als integriertes Unternehmen vollständig im Eigentum des Bundes bleiben.

2. Die Bahn muss ihren grundgesetzlich verankerten öffentlichen Auftrag erfüllen und den Verkehrsbedürfnissen der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die DB AG sich auf ihre Kernaufgabe konzentriert, eine breite, flächendeckende Schieneninfrastruktur mit entsprechenden Verkehrsangeboten in unserem Land sicherzustellen, statt weltweit Firmenbeteiligungen einzukaufen.

Die DB AG soll die Netzdichte in der Fläche verbessern, integrale Taktfahrpläne einrichten, welche die Zubringerstrecken sinnvoll mit den großen ICE-Strecken verknüpfen, sowie geeignete

Maßnahmen zur Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf die Schiene ergreifen. Ferner wird die DG-AG aufgefordert, die Ziele der Bahnreform von 1994 zu realisieren, d.h. mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen und eine nachhaltige Entlastung des Bundeshaushalts zu gewährleisten.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für den raschen Aufbau eines öffentlichen europäischen Schienenverkehrssystems einzusetzen und dabei die Einhaltung einheitlicher Umweltstandards durchzusetzen.

## Referat von Dietmar G. Braun:

### Grenzen „ärztlicher Kunst“ und medizinischer Fortschritt

Der Arzt ist für Menschen vieles: Angstperson, Hoffnungsanker, manchmal auch Seelsorger, vor allem aber einer, der Hilfe und Abhilfe in schwierigen gesundheitlichen Lebenslagen bringen kann.

Ihm wird Persönliches, ja sehr Persönliches anvertraut, vor ihm lassen wir „die Hüllen fallen“, überwinden natürliche Scheu und Scham; seinem Tun wollen wir vor allem vertrauen, darin setzen wir als Patient unsere Hoffnung. Umgekehrt verlangt dieses Sich-Anvertrauen vom Arzt uneingeschränkte Aufmerksamkeit und Betreuung gemäß dem „Sittenkodex ärztlicher Kunst“, der im *Eid des Hippokrates* (Hippokrates von Kos, 460-377 v. Chr.) niedergelegt ist. Dieser Eid besagt:



Dietmar G. Braun

- „nach Kräften und gemäß meinem Urteil zum Nutzen der Kranken meine Kunst einzusetzen,
- Schädigung und Unrecht aber auszuschließen,
- niemandem, nicht einmal auf ausdrückliches Verlangen, ein tödliches Medikament zu geben und auch keinen entsprechenden Rat zu erteilen,
- ebenso keiner Frau ein Abtreibungsmittel auszuhandigen,
- zum Nutzen der Kranken einzutreten und jedes vorsätzliche Unrecht und jede andere Sittenlosigkeit fernzuhalten,
- über alles, was ich während oder außerhalb der Behandlung im Leben der Menschen sehe oder höre, zu schweigen und es geheim zu halten.“

Moralisch stellt dieser Eid den Arzt auf die Probe, wenn Patienten in der letzten Phase leidens-

schwerer, tödlicher Krankheiten Hilfe zur schnellen Beendigung des Lebens erwarten. Denn Erfüllung dieses Wunsches hieße, den Sittenkodex zu brechen. Ist es doch ärztliche Verpflichtung, das Leben als höchstes Gut zu schützen und zu erhalten. Um jeden Preis bei schwerem persönlichen Leidensdruck?

Kenntnisstand und Möglichkeiten der heutigen Medizin berechtigen zu der Frage nach der Bedingungslosigkeit dieser Forderung, die im Übrigen der dringenden rechtlichen Klärung bedarf. Nämlich, wo sollten, wo müssten zeitgemäße Anpassungen an diese hohen Moralvorstellungen mit rechtlicher Absicherung für ärztliches Handeln vorgenommen werden? Hier könnte eine bundesweit als verbindlich geltende Regelung in Form der Patientenverfügung für den Arzt und Patienten hilfreich sein.

2500 Jahre nach Hippokrates ist das Berufsbild „der Medizin“ und der sie unterstützenden und ergänzenden Berufsgruppen aus Biologie, Molekularbiologie, Chemie, Physik, Pharmazie, Medizintechnik, Materialkunde und Informatik von ungeheurer Komplexität.

Der Arzt war in der Vergangenheit und ist bis heute kraft einer gewissen Aura in vielen Fällen selbst Medizin. Er kann bei manchem Patienten bewirken, was unter dem Begriff des *Placebo-Effektes* bekannt ist. Das hat nichts wie einst mit „Handauflegen“ oder „Zuspruch unter Anrufung der Götter“ (*Hippokrates*) zu tun, sondern mit seiner Fähigkeit, Patienten in besonderen Lebenslagen, die von körperlichen oder seelischen krank machenden Symptomen begleitet werden, zu führen. Manche Beschwerdesymptomatik kann schon allein durch ärztliche Beratung gemildert, ja behoben werden.

*Gesundheit ist Auftrag*, sich seiner Fähigkeiten zu bedienen, aus einem Gedankengefängnis herauszufinden und schädigende Verhaltensmuster unter ärztlicher Mithilfe zu korrigieren, also Alternativen und präventiven Lebensentwürfen eine Chance zu geben. Das leidenden Menschen jeden Alters nahe zu bringen, ist schon ärztliche Kunst; denn „zum Lernen bleibt auch das Alter jung“ (*Aischylos, 525-456 v. Chr.*), auch ohne das so gern eingeforderte Rezept für das eine oder andere Medikament.

Ärztliche Kunst hat mit Können zu tun. Sie ist einer gründlichen Ausbildung und Sorgfalt nach dem aktuellen Erkenntnisstand gesicherten Wissens verpflichtet, nicht aber dem Gutdünken einer persönlichen oder Schulmeinung. Zum ärztlichen Wissen und zur ärztlichen Sorgfalt gehö-

ren die Erkenntnis der eigenen Grenzen und die Bereitschaft zum Konsilium mit Fachkollegen. Das Ziel muss eine fundierte und gesicherte Diagnose als Basis für eine kausale oder lindernde (palliative) Therapie sein. Anders ausgedrückt, heute dürfen Diagnose und Therapie nicht mehr nach dem Prinzip Zufall erfolgen, sondern nach den Grundsätzen auf Evidenz fußender medizinischer Erkenntnisse, die auf rigoros erarbeiteten, international anerkannten und bestätigten klinischen Prüfungsverfahren und Ergebnissen beruhen.

Ärztliches Handeln darf sich niemals an einem Kampf um Patienten orientieren. Es muss transparent, offen und kooperativ mit dem Patienten und wo geboten in kollegialer Zusammenarbeit erfolgen. Der Patient hat ein Recht auf vollständige Information, auf die Einsicht und die verständliche Deutung aller bei ihm erhobenen Befunde; sie gehören ihm und sind weder Besitz einer Arztpraxis noch einer Klinik.

Der hohe technische Stand der Medizin manifestiert sich als „ärztliche Kunst“ in der Qualifikation zu allgemeiner und spezialärztlicher Tätigkeit vom Allgemeinmediziner bis hin zu den Fachspezialisten der klinischen Medizin und den Spezialärzten für Laboratoriumsmedizin. Sie alle tragen, sofern angemessen vernetzt, je nach Fall und Schwierigkeitsgrad einer Krankheit oder der Summe von Krankheiten zur fundierten Diagnose bei und ermöglichen die an den Ursachen ansetzende, die kausale Behandlung. Sie ist ergebnisorientiert und überprüfbar.

Medizinisches Handeln ist aber auch Wirtschaftsfaktor, ist geballte Wirtschaftsmacht in der Gestalt des medizinisch-technischen Komplexes, der alle Eigenschaften eines forschungs-, entwicklungs- und kostenintensiven Betriebs in sich vereinigt nicht nur in Deutschland. Er ist Gewinn orientiertes Geschäft, der Arbeitsplätze und gesicherte Einkommen schafft.

In der Summe zeichnet sich der heutige Medizinbetrieb durch eine noch vor einhundert Jahren ungeahnte Vielfalt von Aufgaben und Möglichkeiten aus; so vielfältig, wie eben die Biologie des Menschen in der belebten und unbelebten Umwelt ist. In ihrer Gesamtheit sind alle diese Disziplinen und Subdisziplinen inklusive einer ausgeklügelten logistischen Infrastruktur und einem die immensen Kosten deckenden Versicherungswesen aus einem modernen Medizinbetrieb nicht mehr wegzudenken.

Aus dem oben Gesagten ziehen wir die Schlussfolgerung:

Ärzte dürfen beim gegenwärtigen Kenntnisstand medizinischer Möglichkeiten nicht mehr intuitiv, sie müssen rational handeln; sie müssen das Konsilium suchen, wo schwierige Krankheitsfälle und Krankheitsverläufe das erfordern. Patient und Arzt müssen lernen, auf Augenhöhe miteinander umzugehen.

Die persönliche Erfahrung eines Mediziners kann gefärbt sein und lässt keine Aussage darüber zu, ob seine Methoden gut sind. Er sieht oft nur diejenigen Patienten wieder, denen er mit seiner Behandlung geholfen hat. Die anderen, denen es durch seine Bemühungen nicht besser geht, wechseln zu einem Kollegen, die vernetzte Rückmeldung fehlt. Der einzelne Arzt hat damit eine ungenaue Wahrnehmung für erfolgreiche Behandlung, die durch Zufall bestimmt sein kann und nicht repräsentativ ist.

Zur richtigen Entscheidung kommt der Arzt am ehesten dann, wenn er die eigene Erfahrung und die Meinung des Patienten ebenso mit einbezieht wie das Wissen aus der Fachliteratur, also über die Studienlage nach den Massstäben der evidenzbasierten Medizin handelt.

Das aktuelle Wissen ist so überwältigend groß, dass ein Arzt nicht alle neuen Entwicklungen in seinem Fachgebiet verfolgen kann. Orientierung geben europäische Leitlinien. Sie sind Empfehlungen, keine Vorschriften und somit Entscheidungshilfen zum Wohle des Patienten. Ein Beispiel ist die europäische Leitlinie zur Entfernung der Gallenblase. Sie besagt, dass die Schlüsselochoperation besser als der herkömmliche Eingriff des grossen Bauchschnittes ist. Wenn ein Chirurg mit dieser Methode nicht vertraut ist, muss er souverän genug sein, Patienten zu einem Kollegen zu schicken, der diese beherrscht.

Der Mediziner bezieht seine Informationen aus Studium und Fortbildung, aber zu einem Großteil auch von Interessenvertretern der Pharmaindustrie. Ärzte müssen lernen, diese Informationen kritisch zu bewerten und anzuwenden. Und dann ist auch noch die Handlungserwartung von Patienten: »Ein Arzt, der nichts verschreibt, ist kein richtiger Doktor.« Außerdem hat der Patient zehn Euro Praxisgebühr bezahlt, dafür erwartet er die Verordnung eines Medikamentes. Diesem Erwartungsdruck muss der Arzt selbstkritisch und erklärend begegnen. Ärztliche Ver-

ordnungen müssen sich objektiven und nachprüfbar Kriterien stellen, nicht aber nach Gutdünken erfolgen.

In der Chirurgie hat evidenzbasiertes Handeln dazu geführt, dass Patienten heute schneller wieder aufstehen, was Komplikationen im Heilungsverlauf verhindert und Krankenhausaufenthalte verkürzt.

Ökonomisch trägt die auf Evidenz angelegte Medizin zur Kostendämpfung bei, sie verbessert Willen und Moral der Patienten zur Genesung, und ist somit eine optimierte Patientenbehandlung.

Über allem ärztlichen Handeln steht das gegenseitige Vertrauen zwischen Arzt und Patient und der Anspruch des einzelnen Arztes an sich selbst, seinen Patienten nicht zu schaden. Diesem Anspruch genügt er durch Erkennen seiner Grenzen und Bereitschaft zur offenen Information und Kommunikation mit Fachspezialisten.

- • • • •
- Sitzungstermine Landesvorstand AG 60
- plus:
- Dienstag, 11.09.07, 10:30 Uhr in Stuttgart
- Mittwoch, 24.10.07, 10:30 Uhr in Stuttgart
- Mittwoch, 28.11.07, 10:30 Uhr in Stuttgart
- Mittwoch, 19.12.07, 18:00 Uhr in Stuttgart
- • • • •



- • • • •
- Diese Ausgabe kann zur Weiterverbreitung als
- pdf-Datei in der Landesgeschäftsstelle ange-
- fordert werden (gudrun.igel-mann@spd.de).
- • • • •

Impressum: SPD-Landesverband Baden-Württemberg, Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart  
Tel. 0711/61936-0, Fax 0711/61836-20  
Internet SPD: <http://www.spd-bw.de>, Internet AG 60plus: <http://ass.bawue.spd.de>  
Verantwortlich und Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann